

Vormundschaftswesen neu geregelt

Anstelle von 66 Behörden gibt es künftig nur noch maximal sieben Kreise

Von Thomas Gubler

Liestal. Das Vormundschaftswesen soll den heutigen Bedürfnissen angepasst und professioneller werden. Zu diesem Zweck werden die bisherigen Strukturen mit 66 Vormundschaftsbehörden einer grundlegenden Reform unterzogen. Künftig wird es im Kanton Basel-Land noch maximal sieben Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb) geben, welche das neue Vormundschaftsrecht des Bundes anzuwenden haben. Nach 100 Jahren – so alt sind die entsprechenden Bestimmungen im Schweizerischen Zivilgesetzbuch – sei dies fällig und nötig, sagte Sicherheitsdirektor Isaac Reber (Grüne) gestern in der Debatte zum entsprechenden kantonalen Einführungsgesetz.

Allerdings ist der Spielraum des Kantons in dieser Materie relativ gering. Im Wesentlichen ging es am Donnerstag im Landrat darum, die kantonalen Strukturen zu schaffen, damit das neue Vormundschaftsrecht, beziehungsweise das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht am 1. Januar 2013 in Kraft treten kann.

Dieses bringt allerdings grundlegende Änderungen. Anstelle der drei heutigen Massnahmen Entmündigung, Beiratschaft und Beistandschaft gibt es künftig vier Formen der Beistandschaft: die Begleit-, die Vertretungs- und die



Selbstbestimmung. Patienten können festlegen, welche Massnahmen sie bei Urteilsunfähigkeit dulden wollen. Foto Keystone

Mitwirkungsbeistandschaft sowie die umfassende Beistandschaft. Die ersten drei Formen können beliebig kombiniert werden, sodass laut Isaac Reber «dem Einzelfall angemessene massgeschneiderte Lösungen gesucht werden können».

Sachverständige nicht eingeengt

Weiter sind im revidierten Bundesgesetz zwei neue Rechtsinstitute vorgesehen: der Vorsorgeauftrag und die Patientenverfügung. Bei Ersterem wird eine Person zur Vertretung der Personen- und Vermögenssorge im Falle von Urteilsunfähigkeit bestellt. Die Patientenverfügung ermöglicht die Festlegung, welchen medizinischen Mass-

nahmen bei Urteilsunfähigkeit zugestimmt wird und welchen nicht.

Diese Neuerungen vergrössern den Zuständigkeitsbereich der Vormundschaftsbehörden und machen eine Professionalisierung nötig. Zu diesem Zweck werden komplett neue Fachgremien – die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden – geschaffen. Pro Kreis wird eine Kesb eingesetzt, die das neue Recht vollzieht. Zur Verhängung der Massnahmen hat die Kesb ein Entscheidungsorgan (den Spruchkörper) mit drei bis fünf Mitgliedern.

Das Einführungsgesetz als Ganzes gab im Landrat wenig zu reden. Einzig eine SVP-Minderheit mit Oskar Kämpfer will sich dagegen aussprechen.

Anlass zur Diskussion gab nur die Zusammensetzung der Entscheidungsorgane. Während Regierung und Kommission sich für Sachverständige zumindest aus den Bereichen Rechtswissenschaft und Sozialarbeit aussprachen, wollte sich die FDP auf Antrag von Siro Imber nicht auf eine genaue Beschreibung der Sachverständigen festlegen. Während Imber eine «Überakademisierung» vermeiden wollte, plädierte Marianne Hollinger für eine «Mischung aus Lebenserfahrung und gesundem Menschenverstand».

Der Antrag von Siro Imber obsiegte mit 47 zu 31 Stimmen bei vier Enthaltungen über denjenigen der Justiz- und Sicherheitskommission.



Landrat

Berichterstattung aus dem Baslerbieter Parlament

Fotovoltaik für Abwasseranlagen

Investitionen von knapp drei Millionen diskussionslos bewilligt

Von Stefan Gyr

Liestal. Vier regionale Abwasserreinigungsanlagen (ARA) im Baselbiet sollen mit Solaranlagen aufgerüstet werden: Der Landrat hat gestern Kredite von 2,96 Millionen Franken bewilligt. Die Vorlage war bei allen Fraktionen unbestritten.

Mit grossflächigen Solaranlagen versehen werden sollen die Abwasserreinigungsanlagen Birs, Birsig, Ergolz I und Ergolz II. Damit soll in den Kläranlagen der Eigenversorgungsgrad mit Strom erhöht werden, wie die landrätliche Umweltschutz- und Energiekommission erklärte. In einem späteren Schritt wird auch der Neubau der ARA Frenke in Bubendorf mit einer Fotovoltaikanlage ausgestattet. Die Investitionskosten würden damit auf 3,71 Millionen Franken steigen. Mit diesen Massnahmen würde der Selbstversorgungsgrad von heute 34 auf 41 Prozent zu-

nehmen. Der Kanton Baselland würde damit endlich wieder eine Vorbildrolle im Bereich der erneuerbaren Energien einnehmen, sagte Kommissionspräsident Philipp Schoch (Grüne).

Die 28 Kläranlagen des Kantons brauchen pro Jahr etwa 9700 Megawattstunden an elektrischer Energie. Das entspricht dem Verbrauch von rund 2300 Haushalten. Mit ihrer langen Lebensdauer und den grossen Dach- und Beckenflächen eignen sie sich laut Regierungsvorlage gut für Fotovoltaikanlagen. Die Solaranlagen sollen den Anteil an Strom aus erneuerbaren Energien um rund 640 000 Kilowattstunden pro Jahr erhöhen. Dies entspricht dem Strombedarf von rund 150 Haushalten.

Diskussionslos genehmigte das Kantonsparlament auch einen Kredit von 1,5 Millionen Franken für Erhaltungs-massnahmen in den lokalen Abwasserreinigungsanlagen in Hemmiken und Häfelfingen.

Neues Energiegesetz gefordert

Links- und Mitteparteien setzen sich gegen FDP und SVP durch

Von Stefan Gyr

Liestal. Das kantonale Energiegesetz aus dem Jahr 1992 muss einer Totalrevision unterzogen werden. Das hat der Landrat gegen den Willen der Regierung mit 50 zu 34 Stimmen beschlossen. Die Links- und Mitteparteien setzten sich gegen die FDP und die SVP durch.

Die Totalrevision des Baslerbieter Energiegesetzes hatte Klaus Kirchmayr (Grüne) mit einer Motion verlangt. Darin forderte er unter anderem eine Anpassung an die veränderten Bundesgesetzgebung für erneuerbare und dezentral produzierte Energie. Der Regierungsrat lehnte den Vorstoss ab. Es sei jetzt der falsche Zeitpunkt für eine Totalrevision, erklärte Bau- und Umweltschutzdirektorin Sabine Pegoraro (FDP). Sie habe bereits einen runden Tisch mit Energiefachleuten einberu-

fen. Dort werde die kantonale Energiestrategie überarbeitet, und auf dieser Grundlage würden die nötigen Teilrevisionen des Gesetzes eingeleitet. Pegoraro verwies auch auf die Massnahmen für Gebäudesanierungen, die mit dem kantonalen Energiepaket erfolgreich umgesetzt worden seien.

«Zu leichtgläubig und zu zahm»

Die FDP und die SVP stiessen ins gleiche Horn. Beim Energiegesetz bestehe kein dringender Handlungsbedarf, sagte Hansruedi Wirz (SVP). Der Kanton unternehme auf diesem Gebiet bereits grosse Anstrengungen, auf die man stolz sein dürfe. Es sei falsch, jetzt in einen Aktionismus zu verfallen, erklärte Christoph Buser (FDP). Das heutige Gesetz sei in die Jahre gekommen und enthalte viele alte Zöpfe und Gummiparagrafen, meinte dagegen Kirchmayr. Hans Furer (GLP/BDP) unterstützte die Motion «mit Verve», wie

Nachrichten

Steuererleichterung für Parteimitglieder

Liestal. Nicht nur Zuwendungen an politische Parteien, sondern auch Mitgliederbeiträge sollen vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Der Landrat hat am Donnerstag diskussionslos eine entsprechende Motion von Franz Meyer (CVP) überwiesen. Die Regierung ist damit beauftragt, eine Vorlage für die nötige Anpassung des kantonalen Steuergesetzes auszuarbeiten.

Petition für besseren Lärmschutz unterstützt

Liestal. Der Landrat unterstützt eine von 238 Personen eingereichte Petition, die einen besseren Lärmschutz bei der anstehenden Sanierung der H2 durch Liestal fordert. Mit 48 gegen 22 Stimmen beschloss das Parlament, die Bittschrift an die Regierung zu überweisen. Die Mehrheit folgte dem Antrag der Petitionskommission, wonach zu prüfen sei, ob das Vorhaben als Neubau statt als Sanierung einzustufen sei. Dies hätte strengere Lärmschutzbestimmungen zur Folge. Die SVP und die FDP warnten erfolglos vor einem Präjudiz für künftige Strassenprojekte.

Landräte müssen nach 16 Jahren gehen

Liestal. Die Landräte müssen weiterhin nach vier Amtsperioden den Sessel räumen. Mit 68 gegen vier Stimmen lehnte das Parlament eine Motion des ehemaligen SD-Landrats Josua Studer ab, der die Amtszeitbeschränkung aufheben wollte. Es sei oft ein grosser Verlust, wenn erfahrene Ratsmitglieder wegen der Altersguillotine das Parlament verlassen müssten, hiess es in dem Vorstoss. Laut Regierungsrat Isaac Reber (Grüne) mussten 2011 lediglich drei Landratsmitglieder wegen der Amtszeitbeschränkung aufhören.

Im Vorzimmer

Motionen, Interpellationen und Postulate absorbieren den Landrat

Liestal. 41 Traktanden sollten gestern durch den Landrat gehen. Alleine 34 Punkte auf der Traktandenliste setzten sich aus Motionen, Interpellationen und Postulaten zusammen – mithin persönlichen Fragen, Sorgen, Wünschen und Forderungen. Dem Baslerbieter Parlament scheinen die Sachgeschäfte auszugehen. Die Landrätinnen und Landräte teilen diese Sichtweise nicht.

Werner Rufi (FDP) spricht sogar von einer eigentlichen Zunahme der Sachgeschäfte. Caroline Mall (SVP) setzt andere Prioritäten und Hannes Schweizer (SP) nimmt das Parlament in die Pflicht. Einige Landräte räumen aber ein, dass persönliche Vorstösse vergleichsweise zugenommen hätten. Elisabeth Augstburger (EVP) denkt, nicht alle wären nötig. Und sie hält ein einfaches Rezept bereit. da



Hannes Schweizer. SP.

«Vielleicht gibt es weniger Sachgeschäfte»

«Dass uns die Sachgeschäfte ausgehen, halte ich für ausgeschlossen. Dass sie hingegen abnehmen, ist durchaus möglich. Eine erfüllte Aufgabe ist schliesslich erfüllt und damit gelöst, abgeschlossen. Ob es neue Vorlagen gibt, entscheidet das Parlament. Es bleibt nach wie vor wichtig, dass der Landrat den Regierungsrat beauftragt, neue Vorlagen auszuarbeiten.»



Elisabeth Augstburger. EVP.

«Manchmal reicht ein simples Telefonat»

«Ich habe in zehn Jahren im Landrat noch nie erlebt, dass eine Sitzung ausfiel, weil es keine Traktanden mehr gab. Sicher haben wir uns in letzter Zeit vorwiegend mit persönlichen Vorstössen beschäftigt. Die könnten manchmal durch ein simples Telefonat an die Verwaltung ersetzt werden. Gewisse Sachgeschäfte sind aber noch nicht parat, sondern noch in den Kommissionen.»



Werner Rufi. FDP.

«Der Umfang der Geschäfte nimmt zu»

«Nein, die Arbeit an den Sachvorlagen nimmt eher zu. Es ist weniger die Anzahl an Geschäften, die zunimmt, sondern deren Umfang. Das ist viel Arbeit für die Kommissionen. Ein gutes Beispiel dafür ist das Entlastungspaket. In den letzten sieben Monaten haben wir gegen 15 Geschäfte behandelt. Im Januar führten wir sogar den Wochenrhythmus für Sitzungen ein.»



Caroline Mall. SVP.

«Sachgeschäfte müssen Substanz haben»

«Auf die beiden letzten Sitzungen trifft die Feststellung zu – es standen verhältnismässig viele Postulate und Motionen auf der Traktandenliste. Zuvor aber behandelten wir viele wichtige Vorlagen. Das sollte man nicht vergessen. Geschäfte müssen nicht her, damit Geschäfte da sind. Sie müssen Substanz haben, dann ist es auch interessant, über sie zu debattieren.»